

# „Europa brennt!“

„Europa brennt – gestern Griechenland, heute Irland, morgen vielleicht Portugal“, titelt der Spiegel vom 6.12.2010

„Ein Euro-Land nach dem anderen wird brandgerodet“, durch die Finanzmärkte. warnt das Handelsblatt vom 2.12.

Hunderte Milliarden werden in die Märkte gepumpt – und weiter geflutet für die Spekulation. Sie schütten mehr und mehr „Benzin ins Feuer“, „Brandherde können ungehindert übergreifen“. (Handelsblatt)

Für die Finanzierung der horrenden staatlichen Verschuldung zur Rettung der Spekulanten, der Kapitalisten und des Euro wollen alle Regierungen, unabhängig von ihrer politischen Zusammensetzung, die ArbeitnehmerInnen und Völker mit grausamen Spar- und Verarmungsprogrammen bluten lassen.

In allen Ländern Europas erheben sich die ArbeitnehmerInnen und Völker in Streiks und Demonstrationen gegen diese Schläge. Sie wollen nicht für die Schulden zahlen, die nicht die ihren sind.

Doch in allen Ländern Europas erfahren die ArbeitnehmerInnen, dass die Führungen ihrer Gewerkschaften und der Parteien, die sich auf die Interessen der Arbeiterschaft berufen, Hindernisse für die Verwirklichung ihrer Einheit und der gemeinsamen Mobilisierung mit ihren Organisationen sind, der einzigen Kraft, die die Regierungen stoppen kann.

So konnte auf der Grundlage der vereinten Mobilisierung durch Gewerkschaften in Irland im Juni 2008 das Nein zum Lissabon Vertrag erkämpft werden. Aber im Herbst 2009 sind die Führungen des Gewerkschaftsbundes ICTU und der größten irischen Einzelgewerkschaft SIPTU unter dem Druck von Brüssel und des EGB in das Lager des Ja zum Lissabon Vertrag übergegangen und haben damit die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen in die Stimmenthaltung gezwungen. Das war das „Wunder“ des neuen Abstimmungsergebnisses für das Ja.

100.000e demonstrierten jetzt am 27. November 2010 in Dublin gegen die drakonischsten Sparmaßnahmen, die das Land je erlebt hat. Doch während der Sekretär der Gewerkschaft UNITE sich für entschlossene Streikaktionen erklärt und alle Gewerkschaften auffordert, zu einem 24-stündigen nationalen Streik aufzurufen, weigert sich der Vorsitzende der SIPTU, Jack O'Connor, den vereinten Kampf für die Forderung nach Rücknahme der Sparmaßnahmen ohne Wenn und Aber zu organisieren.

„Es ist keine Frage, gegen die vereinte Front der Arbeitnehmerschaft und ihrer Organisationen, Gewerkschaften und SPD, könnte die krisengeschüttelte Regierung Merkel niemals ihre Reformschläge durchsetzen“ schreiben sozialdemokratische ArbeitnehmerInnen in einem Offenen Brief.

In unverhohlenem Zynismus stellte die Bundesministerin für Arbeit und Soziales in der Bundestagsdebatte über die Reform der Hartz-IV-Gesetze klar: „... immerhin korrigieren wir heute ein Gesetz, das Sie (die SPD) damals auf den Weg gebracht haben.“ „Es geht darum, dass wir für die bedürftigen Kinder im Land etwas ändern ... die Chancen in ihrem Leben verbessern können“, so von der Leyen.

Das heißt: „Im Rahmen der Fürsorge“ werden die „bedürftigen“ Kinder mit Almosen abgespeist, die es ihnen erlauben sollen, in Armut und Bedürftigkeit ihr Leben fristen zu können. Sie sind der völligen Entrechtung ausgeliefert: während ihre Eltern kein Recht auf tariflich und gesetzlich geschützten Arbeitsplatz haben und auf Schutz vor sozialer Not im Falle von Arbeitslosigkeit, haben die Kinder kein gleiches Recht auf qualifizierte Bildung und Ausbildung, auf Abschlüsse, die auch ihnen das Recht auf einen tariflich und gesetzlich geschützten Arbeitsplatz garantieren.

Und von der Leyen lädt die SPD-Führung zur Unterstützung dieser „Korrektur“ ein: „Sie könnten heute einmal beweisen, dass Sie tatsächlich Aufbruch und Konsens wollen“, den die SPD ja selbst bei der Verabschiedung ihrer Hartz-IV-Gesetze damals eingefordert hätte. Und die SPD-Führung? Sie sucht den Konsens für die Bundesratsabstimmung über Korrekturen im Vermittlungsausschuss...

Der Forderungen der breiten Arbeitnehmermehrheit nach „Weg mit Hartz IV“ kann die SPD nur entsprechen, wenn sie von dieser Mehrheit auf den Bruch mit der gesamten Agenda-Politik verpflichtet wird.

Am 1. Januar 2011 tritt das Sparpaket der Regierung Merkel in Kraft; weitere Schläge ihres Blut- und Tränenprogramms werden auf die Bevölkerung niederprasseln.

**Doch liegt nicht tatsächlich der Grund dafür, dass diese krisenranke Regierung ihre arbeitnehmerfeindliche „Reformen“ gegen die große gesellschaftliche Mehrheit durchsetzen kann, allein darin, dass die Gewerkschaftsführungen auf den Einsatz des einzig wirksamen gewerkschaftlichen Kampfmittels verzichtet: auf den gewerkschaftlich organisierten Streik und die darauf gestützte zentrale Demonstration zum Sitz der Regierung nach Berlin?**

Dass sie sich auf Proteste zur Begleitung der Regierungspolitik beschränkt, um – wenn möglich – Korrekturen zu erreichen?

Wie sollen die ArbeitnehmerInnen ihre sozialen und demokratischen Errungenschaften gegen diese Angriffe verteidigen können, wenn ihnen die Arme auf dem Rücken gefesselt sind, weil sie ihre Gewerkschaftsorganisationen nicht für ihren organisierten Kampf einsetzen können?

So haben die Gewerkschaftsführungen den Gesetzesvorschlag der Regierung Merkel zur Leiharbeit zwar mit scharfen Worten verurteilt: er schaffe eine „2. industrielle Reservearmee“; er fördere das „Anwachsen prekärer Beschäftigung und des Niedriglohnssektors“.

Doch gleichzeitig fordert die IG Metall – erneut unter Verzicht auf den gewerkschaftlich organisierten Kampf und Streik – „Nachbesserungen“, um „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ zu garantieren. Und mit der tariflichen Einigung in der Stahlbranche, nach der die Leiharbeiter den „gleichen Lohn“ erhalten sollen, bereitet die IG Metall schon den Weg für die Umsetzung dieses erst noch geplanten Gesetzes: Immer mehr ArbeitnehmerInnen werden sich als Leiharbeiter wieder finden, missbraucht als flexible Lohnsklaven ohne Streikrecht, außerhalb des gemeinsamen für alle verbindlichen Tarifvertrags und der für alle gleichen Schutzrechte.

Leiharbeit in jeglicher Form muss verboten werden, fordert die IG BAU.

Kein Arbeitnehmer will Leiharbeit, die nur Lohndumping und Tariffucht fördert. Das gibt der Gewerkschaftsführung das verpflichtende Mandat, den gewerkschaftlich organisierten Kampf/Streik für das Wiederverbot der Leiharbeit zu führen, damit der Flächentarifvertrag auch für diese ArbeitnehmerInnen verbindlich wird, ebenso wie alle gesetzlichen Schutzrechte.

„Ist es nicht notwendig, unsere Gewerkschaften, die unabhängigen Gewerkschaften des DGB als die Kampfinstrumente für die Verteidigung der Arbeiterschaft gegen die arbeiterfeindliche Offensive von Regierung und Kapital zurückzugewinnen?“

Ist das nicht auch der Weg, durch die gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung der Arbeiterschaft eine Kraft zu schaffen, die den SPD-Mitgliedern und –Wählern (und Stimmverweigerern) hilft, mit der Politik der SPD-Führung zu brechen und ihren Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften einzunehmen?“

Diese Diskussion steht im Zentrum der Regionalkonferenzen, zu der ArbeitnehmerInnen, GewerkschaftskollegInnen und politisch Engagierte Mitte Dezember und Januar in Berlin, NRW und Sachsen eingeladen haben.

Diese Probleme stellen sich ArbeitnehmerInnen in allen Ländern Europas. Sie stehen zur Diskussion auf dem Treffen der Koordination für eine Europäische Arbeitnehmerverbinding am 23. 1. 2011. (\*)

Carla Boulboulé

(\*) Die Koordination, an der Delegierte aus Deutschland teilnehmen, hat sich auf der Europäischen Arbeitnehmerkonferenz am